

Graber Konrad (C, LU): Wir haben ja lange um diese Differenz gerungen. Mir waren zwei Punkte wichtig, auch bereits das letzte Mal in der Differenzvereinbarung. Einerseits ist dies die Frage der Budgethoheit; es ist mir wichtig, dass die Budgethoheit weiterhin beim Parlament liegt. Kollege Engler hat in der letzten Runde darauf hingewiesen, dass wir uns finanzpolitisch ständig den Handlungsspielraum einschränken. Stichworte waren der Sozialversicherungsbereich, die Bereiche Infrastrukturen, Militär, Landwirtschaft usw. «In der Regel» unterscheidet sich nach Ansicht der Kommission, so, wie es der Kommissionspräsident ausgeführt hat, nicht materiell von «maximal». Wenn der Nationalrat damit glücklich wird, kann dies so formuliert werden. Auch die Antragsteller haben in der Kommission ausgeführt, dass man damit mehr Flexibilität hat, wenn es in einer finanzpolitisch schwierigen Zeit darum geht, allenfalls dieser Zeit mit einem Konsolidierungspaket zu begegnen. Aufgrund der finanzpolitischen Lage wird es aus meiner Sicht vermutlich so sein, dass die Regel mit der Ausnahme beginnt. Man muss die Regel dann sicher nicht auf zwei, drei Jahre hin betrachten, sondern eher auf einen Zeithorizont von zehn, zwanzig, dreissig Jahren. So habe ich die Diskussion in der Kommission verstanden.

Die Budgethoheit gibt dem Parlament auch die Möglichkeit, die Mittel dort zu investieren, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Das kann der Strassenverkehr sein, möglicherweise aber auch andere Bereiche.

Der zweite Punkt, der mir wichtig erschien und mit dieser Formulierung jetzt erfüllt ist, ist der folgende: Mit der Wahl der Formulierung sollten wir nicht unnötige Grabenkämpfe zwischen Strasse und Schiene eskalieren lassen. Es wird ja, weil es um einen Verfassungsartikel geht, eine obligatorische Volksabstimmung geben. Für die Abstimmung ist die Gleichbehandlung zentral. Ich habe das letzte Mal darauf hingewiesen, dass Artikel 87 Absatz 2 Buchstabe a der Bundesverfassung vorsieht, dass dem Fonds zur Finanzierung der Eisenbahninfrastruktur höchstens zwei Drittel des Ertrags der Schwerverkehrsabgabe nach Artikel 85 zugewiesen werden. Die Frau Bundesrätin hat es heute nochmals wiederholt: Es geht dort um 900 Millionen Franken – 900 Millionen Franken versus 250 Millionen jetzt beim NAF. Wenn wir davon ausgehen, dass nicht das ganze Paket eingespart werden muss, können wir gewiss sein, dass da mit gleich langen Spiessen gekämpft wird. Allerdings ist zu erwähnen, dass natürlich das Risikopotenzial bei 900 Millionen Franken wesentlich höher ist als bei 250 Millionen Franken. Ich glaube, das ist auch offensichtlich.

Mit dem nun anscheinend gefundenen Kompromiss durch die Formulierung «in der Regel» haben der Bundesrat und das Parlament auch beim NAF eine ähnliche Flexibilität. Man darf auch nicht vergessen, dass in dieser Vorlage 400 Millionen Franken Autoimportsteuern jährlich von der Bundeskasse in den NAF fliessen, die auch im Falle eines Stabilisierungsprogramms unangetastet bleiben.

Mir war es noch wichtig, diese Ausführungen zu machen. Es ist nämlich meines Erachtens auch wichtig, dass sich der Rat einig ist in Bezug auf die mögliche Frage, wie die Regel im konkreten Fall zu handhaben ist.

Wicki Hans (RL, NW): Auch mir war es wichtig, dass wir einen Fonds kreieren, der eine gute, stabile Finanzierung sowohl für Bund und Kantone, aber – vergessen Sie das bitte nicht – auch für die Agglomerationen sicherstellt. Mit dem nun vorliegenden Kompromissvorschlag, der da lautet «in der Regel», gehe ich einmal davon aus, dass das Wort «maximal» hoffentlich dann auch im Nationalrat fällt. Dann haben wir, wie gesagt, den gesuchten, wichtigen Handlungsspielraum für das Parlament. Dieser Handlungsspielraum soll eben in schwierigen Zeiten angewendet werden können. In normalen Zeiten – was auch immer «normal» heisst, das ist natürlich die Frage – soll eben der Fonds mit diesen 10 Prozent gespiesen werden. Auch ich bin der Ansicht, dass wir nicht über 10 Prozent hinausgehen sollten. Aber die 10 Prozent sollten dann in den Fonds eingespiesen werden,

damit eben genügend Geld für die baureifen Projekte, aber auch für das Agglomerationsprogramm vorhanden ist.

Ich denke, mit dieser Vorlage haben wir jetzt die Chance auf eine breite Zustimmung; das ist wichtig für die Volksabstimmung im nächsten Jahr. Wenn dann die Volksabstimmung positiv über die Bühne gegangen ist, sollten wir die langersehnte gute Finanzierungslage sowohl für die Schiene als auch für die Strasse und dadurch auch eine gute Planungssicherheit für Bund und Kantone, aber auch für die Agglomerationen haben.

Janiak Claude (S, BL): Manchmal braucht es ja auch in der Politik psychologische Fähigkeiten. Das, was wir hier mit «maximal» oder «in der Regel» machen, läuft jetzt unter diesem Kapitel. Ich habe mich ja gefragt, wer jetzt hier eigentlich das Gesicht wahren muss: diejenigen, die die Abstimmung verloren haben, oder wir oder wer auch immer. Ich finde es gut, dass wir eine Lösung gefunden haben, und nach den Erklärungen, die vom Kommissionspräsidenten, aber auch von Herrn Graber gemacht worden sind, kann ich sehr gut mit dieser Formulierung leben. Für mich ist natürlich beim NAF auch das «A» sehr wichtig. Das vergessen bisweilen ein paar Leute; Herr Wicki hat zu Recht darauf hingewiesen. Das ist schon ein Grund, dass man nun diese Vorlage zu einem guten Ende bringen muss.

Angenommen – Adopté

2. Bundesgesetz über den Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr

2. Loi fédérale sur le fonds pour les routes nationales et le trafic d'agglomération

Änderung anderer Erlasse

Modification d'autres actes

Ziff. 1 Art. 12d

Antrag der Kommission
Festhalten

Ch. 1 art. 12d

Proposition de la commission
Maintenir

Angenommen – Adopté

16.3458

Motion Rieder Beat. Umwandlung strukturierter Beherbergungsbetriebe. Keine halben Sachen!

Motion Rieder Beat. Réaffectation d'établissements d'hébergement organisés. Pas de demi-mesure!

Ordnungsantrag – Motion d'ordre

Ständerat/Conseil des Etats 26.09.16 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Ordnungsantrag Schmid Martin

Zuweisung der Motion 16.3458 an die zuständige Kommission zur Vorprüfung.

Motion d'ordre Schmid Martin

Transmettre la motion 16.3458 à la commission compétente pour examen préalable.

Schmid Martin (RL, GR): Herr Kollege Rieder stellt Ihnen ja den Antrag, dass der Bundesrat beauftragt wird, Artikel 8 Absatz 4 des Zweitwohnungsgesetzes so abzuändern, dass zukünftig eine Nutzung von bis zu 100 Prozent der Hauptnutzfläche strukturierter Beherbergungsbetriebe zu Wohnungen ohne Nutzungsbeschränkung nach Artikel 7 Absatz 1 des Zweitwohnungsgesetzes möglich wird. Sie konnten auch die Stellungnahme des Bundesrates dazu lesen: Der Bundesrat weist darauf hin, dass er uns eigentlich schon immer gesagt hat, dass diese Lösung höchstwahrscheinlich nicht die richtige Lösung für ein bestehendes Problem sein werde. Zumindest hat der Bundesrat sich hier so verhalten. Es könnte ja sein, dass hier ausnahmsweise der Bundesrat doch eine bessere Lagebeurteilung vorgenommen hat als das Parlament.

Ich möchte Ihnen vorschlagen, dass wir diese Motion, bevor wir materiell darüber diskutieren, an die Kommission überweisen. So kann sich die Kommission einmal einen Überblick über die sich jetzt stellenden Fragen in Bezug auf die Umnutzung dieser alten Hotels verschaffen, und wir können das im Detail anschauen, bevor wir materiell darüber befinden, ob jetzt der Vorstoss Rieder zu unterstützen oder eben abzulehnen sei.

Deshalb bitte ich Sie, meinem Ordnungsantrag stattzugeben und der UREK dieses Geschäft zur Vorprüfung zuzuweisen.

Rieder Beat (C, VS): Ich bin einverstanden, dass wir diese Motion zuerst in der Kommission diskutieren. Herr Kollege Schmid hat das Wesentliche bereits ausgeführt.

*Angenommen gemäss Ordnungsantrag Schmid Martin
Adopté selon la motion d'ordre Schmid Martin*

16.3460

Postulat Hêche Claude. Für eine verstärkte Teilnahme der bundesnahen Unternehmen an der Entwicklung der Berggebiete und ländlichen Räume

Postulat Hêche Claude. Pour une participation renforcée des entreprises fédérales en faveur du développement des régions de montagne et des espaces ruraux

Ständerat/Conseil des Etats 26.09.16

Le président (Comte Raphaël, président): Le Conseil fédéral propose de rejeter le postulat.

Hêche Claude (S, JU): Madame la conseillère fédérale, si nous partageons le même souci en matière de développement des régions de montagne et des espaces ruraux, nous divergeons par contre sur les moyens d'y parvenir.

Les objectifs stratégiques fixés aux entreprises fédérales restent encore insuffisants pour assurer une prospérité équilibrée dans notre pays, en particulier dans les régions excentrées. Malheureusement, l'actualité nous oblige aussi en permanence à relativiser cette situation et – je dirai – aussi la prise de position du Conseil fédéral, qui qualifie les objectifs stratégiques comme étant des instruments appropriés et suffisants.

Je cite à titre d'exemple l'annonce de la suppression par les CFF de 1400 emplois dans les années à venir, ce qui aura des répercussions dans l'ensemble des régions, y compris dans les régions excentrées, et la fermeture continue d'offices postaux engendrant des suppressions d'emplois.

Je relève aussi au passage que, lors de la présente session, le Conseil national a accepté les motions Clottu 14.4075 et Maire Jacques-André 14.4091, visant «une distribution du courrier pour tout le monde», même dans les zones isolées. Dans sa prise de position, le Conseil fédéral indique également que, vu les outils existants, «nul n'est besoin de formuler d'autres objectifs ou mesures». Je trouve qu'il est prématuré de conclure qu'une fois les bases posées il n'y a plus lieu de réfléchir à des mesures complémentaires ou supplémentaires.

Chacun sait que les moyens et les possibilités de développement ne sont pas identiques dans toutes les régions de notre pays, c'est d'ailleurs l'une des raisons par exemple de l'existence de la réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons.

On peut au passage se poser la question suivante: faut-il réfléchir à une augmentation des contributions des cantons à grand potentiel ou plutôt actionner en amont les entreprises fédérales? Pour ma part, je privilégie le levier de nos entreprises. Dès lors, nos entreprises doivent être renforcées dans leur rôle d'instruments de soutien, sans pour autant renier les règles de base qui leur sont assignées. La force de ces instruments reste encore sous-estimée.

Comme je l'avais indiqué lors du débat sur mon interpellation 16.3231, «Politique de la Confédération pour les espaces ruraux et les régions de montagne. Quelle participation de Swisscom, les CFF, La Poste et RUAG?», en juin dernier, permettez-moi de suggérer quelques pistes de réflexions qui pourraient être précisées dans les objectifs stratégiques assignés à nos entreprises.

Premièrement, une meilleure politique d'achat et d'acquisition permettrait de mieux répartir certaines commandes de manière à en faire profiter toutes les régions. Deuxièmement la Poste, et c'est à saluer, soutient financièrement un certain nombre d'acteurs, par exemple des start-up. En contrepartie de ce soutien, elle devrait favoriser l'implantation de start-up dans un espace rural ou une région de montagne. Cela aurait l'avantage de développer des emplois tertiaires dans ces régions. Troisièmement, lors de mises en soumission, les CFF accepteraient des offres en euros. Cela signifie qu'ils assument le risque de change entre le jour de l'offre et le jour de paiement des acomptes et de la facture finale, ce qui pénalise nos entreprises suisses soumissionnaires; cela doit être abandonné. Quatrièmement, tout en saluant les efforts d'investissement de Swisscom en matière de fibre optique, le développement du réseau devrait être encore plus conséquent dans certaines régions, considérant l'évolution des formes de travail, notamment le développement du télétravail.

Dans un souci d'équilibre entre les régions, nos entreprises fédérales peuvent véritablement jouer le rôle de levier en matière de développement des régions de montagne et des espaces ruraux. Il y a donc lieu de réexaminer les objectifs stratégiques assignés à nos entreprises fédérales, voire à proposer de nouvelles mesures afin de renforcer le développement des régions excentrées. La richesse et la force d'un pays passent par la prise en compte et la prospérité de toutes ces régions, ne l'oublions pas.

Pour ces quelques raisons, je vous invite à soutenir mon postulat.

Leuthard Doris, Bundesrätin: Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen. Der Postulant fordert eine zusätzliche Förderung in Berggebieten und im ländlichen Raum durch die bundesnahen Unternehmen. Wie wir schon aufgezeigt haben, erachten wir deren Tätigkeit als ausreichend, respektive wir erachten die Unternehmen hier sogar als überdurchschnittlich aktiv. Im Jahr 2015 hatten Post, SBB und Swisscom 16 Prozent aller Arbeitsplätze im Berggebiet und im ländlichen Raum. Das ist ein sehr hoher Anteil. Er ist sehr viel höher als der Anteil der ländlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung. Auch bei den Investitionen gingen in den Jahren 2013, 2014, 2015 im Schnitt von diesen drei Unternehmen zwischen 880 und 950 Millionen Franken pro Jahr in diesen